



Wir wünschen Ihnen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, ein frohes Osterfest!

KARLHEINZ DETZER 1936-2021

Im letzten Jahr ist Karlheinz Detzer verstorben, der 52 Jahre Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands war. Über Jahrzehnte hat er die SPD Bobenheim-Roxheim und die Entwicklung unserer Heimatgemeinde mitgestaltet. Er war, neben seiner Tätigkeit in zahlreichen Ausschüssen, 20 Jahre Mitglied des Gemeinderates. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Wir sind gerne für Sie da!

Schnelle Antwort garantiert: Schreiben Sie uns eine WhatsApp-Nachricht an **+49 1522 676 2090**.

Besuchen Sie uns bei einer unserer Fraktionssitzungen im Rathaus, Termine finden Sie unter www.spd-boro.de oder im aktuellen Amtsblatt der Gemeinde. Während den Sitzungen erreichen Sie uns auch telefonisch unter **06239 939 1303**.

Für den Kontakt per Telefon:

Jens Becker (Vorsitzender): **06239 99 73 400**
Michael Müller (stellv. Vorsitzender): **06239 92 64 19**
Heidelore Bigott (stellv. Vorsitzende): **06239 3120**
Rainer Schiffmann (Fraktionsvorsitzender): **06239 1639**

Ihre E-Mails beantworten wir unter info@spd-boro.de.

Auf unserer Internetseite www.spd-boro.de finden Sie weitere Kontaktmöglichkeiten. Hier sind unter anderem auch die E-Mail-Adressen der einzelnen Vorstands- und Fraktionsmitglieder aufgeführt.

Die Kontaktaufnahme ist auch über die sozialen Medien möglich.

 [fb.me/spd.boro](https://www.facebook.com/spd.boro)

 [instagram.com/spd_boro](https://www.instagram.com/spd_boro)

Ortskunde-Gewinnspiel



Wo befindet sich der auf dem Foto abgebildete Ort?

Wir freuen uns auf Ihre Antworten und begrüßen ausdrücklich auch Einsendungen von Kindern und Jugendlichen.

Unter allen Einsendungen verlosen wir **dreimal einen BORO im Wert von 10 Euro**, der in zahlreichen Geschäften und Gastronomiebetrieben unserer Heimatgemeinde eingelöst werden kann. Gleichzeitig unterstützen wir damit im Ort ansässige Gewerbetreibende.

Antworten an: gewinnspiel@spd-boro.de.

BOBENHEIM-ROXHEIM

SPD

Zwivwewel Hecht

Ausgabe 113 / März 2022



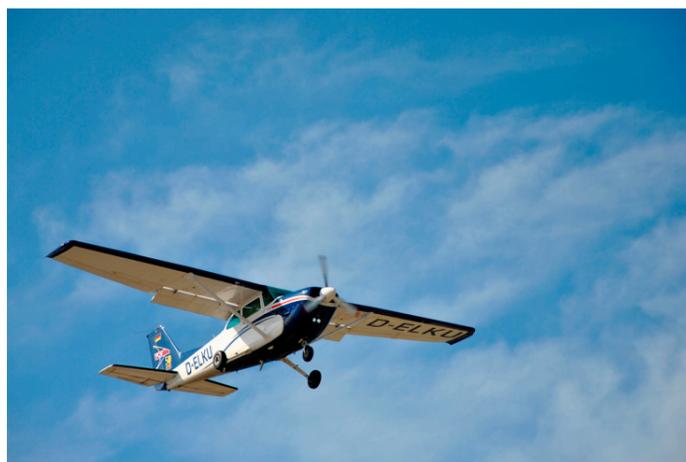
www.spd-boro.de

Impressum

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Ortsverein Bobenheim-Roxheim
V.i.S.d.P.: Vorsitzender Jens Becker, Siegfriedstraße 13, 67240 Bobenheim-Roxheim
Druck: FLYERALARM GmbH, Alfred-Nobel-Str. 18, 97080 Würzburg
Foto Titelseite: Thomas Schmidt

Fluglärm: Der aktuelle Sachstand

Wir haben im Juli 2021 die Verlegung der Platzrunde beantragt, seitdem hat sich einiges getan!



Wir wollen Sie heute informieren, was seit unserem Antrag zur Reduzierung des Fluglärms vom Sommer letzten Jahres geschehen ist.

In der ersten Sitzung des Hauptausschusses nach der Sommerpause wurde im September unser Antrag beraten und ein einstimmiger Empfehlungsbeschluss für den Gemeinderat gefasst. Der Bürgermeister wurde mit seiner Verwaltung darin beauftragt, „mit der Flugplatz GmbH Kontakt aufzunehmen und auf sie einzuwirken, die Platzrunde zu verlegen und / oder andere geeignete Maßnahmen für weniger Fluglärm und mehr Sicherheit zu erreichen“.

Wenig später, am 07.10.2021, beschloss der Gemeinderat dies abschließend – und ebenfalls einstimmig. Damit war eine breite politische Basis geschaffen, die dem Bürgermeister den Rücken stärken soll.

Im September-Hauptausschuss geschah jedoch noch viel mehr. Bereits zu Beginn der Sitzung und vor Eintritt in die Tagesordnung übergab Paul Calmes, Hauptinitiator einer sich über Sommer formierenden neuen Bewegung, dem Bürgermeister eine Liste mit rund 600 Unterschriften (spontan und ohne große Werbung gesammelt). Die Unterzeichner verfolgen damit das gleiche Ziel wie unser Antrag: mehr Ruhe und Sicherheit über und für Bobenheim-Roxheim.

Auf der Tagesordnung stand an dem Abend jedoch noch das vielleicht schlagkräftigste Argument: Die Kündigung der Mietverträge über die beiden gemeindeeigenen Grundstücke auf dem Flugplatzgelände zum Jahresende. Ziel sollte sein, die Flugplatz GmbH spätestens damit an den Verhandlungstisch zu holen.

Was dann auch unmittelbar im Oktober geschah und darin mündete, dass die Flugplatz-Verantwortlichen sogar am 18.11.2021 im Gemeinderat den Ratsmitgliedern und dem Gemeindevorstand Rede und Antwort standen.

Es wurden verschiedene Maßnahmen zugesichert. Darunter befindet sich auch der Antrag auf Verlegung der Platzrunde, weg von der Haardtstraße nach Süden zwischen den Ortsteil Roxheim und Frankenthal. Bis die übergeordneten Behörden darüber befunden haben, sollte der Mietvertrag um ein Jahr schriftlich verlängert werden, so die Forderung aus Worms. Dem ist man von Seiten des Gemeinderats nicht gefolgt. Seit Januar existiert lediglich ein sogenannter Stillschweigender Vertrag mit sehr kurzer Kündigungsfrist. Dies gibt der Gemeinde die Möglichkeit, das Antragsverfahren flexibel zu begleiten und – je nach Ausgang – gegebenenfalls noch weitere (Nach-)Verhandlungen mit der Flugplatz GmbH zu führen.

Da die Angelegenheit zwischenzeitlich bis nach Mainz ins Verkehrsministerium vorgedrungen ist, fand am 21.01.2022 eine Konferenz mit Staatssekretär Andy Becht, verschiedenen Landtagsabgeordneten – darunter unser MdL Martin Haller und MdL Jens Guth aus Worms (beide SPD) – auf der Landesseite und der Gemeindeverwaltung und Vertretern der Anfang Januar inzwischen formal gegründeten Bürgerinitiative („Bürgerinitiative gegen den Fluglärm des Flugplatzes Worms“) auf kommunaler Seite statt.

Mit von der Partei war natürlich auch die Geschäftsleitung des Flugplatzes und weitere Kommunalpolitiker aus Worms und Bobenheim-Roxheim. Becht sicherte dabei zu, die Angelegenheit aufzuarbeiten und war sich sicher, eine für beide Parteien einvernehmliche Lösung herbeizuführen. Damit sind nun die höchsten Stellen des Landes mitinvolviert.

Der Widerstand gegen den Fluglärm steht inzwischen also mit einem einstimmigen politischen Willen, einer breiten Front des Bürgerwillens und mit zwei für den Flugbetrieb strategisch wichtigen Grundstücken auf drei breiten Säulen, die hoffen lassen.

Neues Konzept zur Beteiligung Jugendlicher und junger Erwachsener

Mit dem Jugendrat möchten wir jungen Menschen im Ort wieder eine Stimme verleihen

In der Vergangenheit sind immer wieder Versuche gescheitert, den Jugendgemeinderat zu reaktivieren. Dabei ist es heute wichtiger denn je, Jugendliche und junge Erwachsene zu hören und in den politischen Willensbildungsprozess einzubeziehen. Mit einem neuen Konzept könnte das gelingen.



In diesem Jugendrat können sie dann Anträge einbringen und sich mit den kommunalpolitischen Vertretern aller Parteien austauschen. Der Zeitaufwand beträgt zwei Tage und die Teilnehmer gehen keine weiteren Verpflichtungen ein.

Ein Konzept, das in unseren Augen Zukunft hat. Wir hoffen, dass unser

Antrag eine Mehrheit findet und wir den Jugendlichen und jungen Erwachsenen unserer Gemeinde wieder eine Stimme geben können.

Wer im Jugendgemeinderat mitarbeiten wollte, musste sich für mehrere Jahre verpflichten. In dieser Zeit war man neben der politischen Arbeit Ansprechpartner für alle jungen Menschen unserer Gemeinde. Ein enormer Zeitaufwand in einer Lebensphase, in der weitere Hobbys und der Freundeskreis im Mittelpunkt stehen und gute Leistungen im schulischen Bereich erbracht werden müssen.

Unsere Lösung: In einem Jugendrat treffen sich jedes Jahr alle in Bobenheim-Roxheim lebenden Personen eines festgelegten Alters. In Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung erhalten sie eine Einführung in die Kommunalpolitik und bereiten ihre eigene Ratssitzung vor.

Wer sofort Lust hat, auf kommunalpolitischer Ebene mitzuarbeiten, ist bei unserer Nachwuchsorganisation genau richtig. Manuel Hettmannsperger ist der neue Vorsitzende der Jusos und der richtige Ansprechpartner für junge Politikinteressierte, die das Bobenheim der Zukunft mitgestalten möchten. Weitere Infos unter: www.jusos.spd-boro.de.

CAREsharing für die Betreuende Grundschule

Wie das Teilen von Betreuungsplätzen kurzfristig helfen könnte, die Kapazität zu erhöhen

Die Situation der Betreuenden Grundschulen in Bobenheim-Roxheim hat im Dezember letzten Jahres zu hitzigen Debatten geführt. Nur rund ein Viertel derer, die für ihre Kinder im kommenden Schuljahr einen Betreuungsplatz benötigen, werden diesen erhalten. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten setzen wir uns dafür ein, nach Lösungen zu suchen.



Foto: colourbox

nur für einzelne Wochentage anzumelden.

Dort setzt unser Antrag des CAREsharing an: An alle Eltern wird appelliert, eventuell nicht benötigte Tage bei der Verwaltung anzugeben. Diese könnten in einem zweiten Schritt denen angeboten werden, die im Anmeldeprozess bislang nicht berücksichtigt wurden. Die Kosten würden dann unter den

Parteien aufgeteilt. Dies soll zunächst auf freiwilliger Basis erfolgen.

Fehlende Räumlichkeiten und Personalmangel wurden von Seiten der Verwaltung und der Schulleiter als Hauptgründe für die Begrenzung des Angebotes angegeben. Gleichzeitig wurde aber auch kritisiert, dass Betreuungsplätze mitunter nur sporadisch in Anspruch genommen würden. Dabei trifft die Eltern keine Schuld - es ist bislang nicht möglich, Kinder

Im kommenden Schulträgersausschuss werden die Betreuenden Grundschulen erneut Thema sein. Wir hoffen, dass unser Antrag dort eine Mehrheit findet, um zumindest kurzfristig etwas Linderung zu schaffen.